

Überblick über unsere Gruppe und diesjährigen Aktivitäten (2011 bis März 2012):

- **Gruppengröße:** rund 25 Mitglieder; Veränderung gegenüber dem Vorjahr: Zunahme der Mitgliederzahl (+5) und größere Bereitschaft Einzelner sich zu engagieren

- **aktuelle Gespräche und Kooperationen:**

- SchLAu NRW,
- Schule der Vielfalt NRW / Schule ohne Homophobie (www.schule-der-vielfalt.de)
- AStA-Referat Lesben und Schwule der Uni Köln,
- GEW-Landesvorstand NRW mit dem Ziel der Einrichtung eines Arbeitskreises auf Landesebene (angedacht: Beginn nach beschlossenen Antrag im HV),
- Einbringung eines Antrags in eine Personalversammlung von einem Mitglied unserer Gruppe: Beschluss in der letzten PV des Berufskollegs (Bezirk Köln) das Projekt „Schule ohne Homophobie – Schule der Vielfalt“ verstärkt in die Schulen zu tragen.

- **Treffen der Gruppe:** „Aus der Schule geplaudert“ und inhaltlich-organisatorische Beratungen fanden auch in diesem Jahr sporadisch/ nach Bedarf statt, Ort: LSVD Köln; zusätzlich: jährliches Sommer-Grillfest, Treffen auf dem Weihnachtsmarkt und vor Ostern ein geselliges Beisammensein in einer typisch kölschen Kneipe

Im Juli 2011 nahmen wir zum zweiten Mal an der CSD-Parade in Köln teil (nach einer Pause in 2010). In diesem Jahr demonstrierten die Homosexuellen Lehrkräfte Köln- NRW gemeinsam mit anderen DGB-Gewerkschaftlern und dem lesbisch-schwulen Schulaufklärungsprojekt „SchLAu NRW“ für eine bessere Aufklärung an Schulen.

Das Verteilen unserer Flyer und das öffentliche Auftreten unserer Gruppe waren von aktueller bildungspolitischer Bedeutung, weil die rot-grüne NRW-Landesregierung einen Aktionsplan gegen Homophobie entwickelt. Dieser Plan für Gleichstellung und Akzeptanz, der sich gegen Homo- und Transphobie sowie gegen Diskriminierung von LSBT-Lebensweisen richtet, wird auch die Bereiche Erziehung und Bildung, Schule sowie die Hochschulen betreffen.

Mitglieder unseres Arbeitskreises aus verschiedenen GEW-Fachgruppen standen schon im Frühjahr 2011 während der Vorbereitungen des Aktionsplans in speziellen Arbeitsgruppen der Landesregierung mit fachlicher Beratung zur Seite. Dabei verlangten die Schwulen Lehrer, dass das Land NRW seiner Verpflichtung nach § 33 des Schulgesetzes zur Aufklärung in den Schulen nachkommt.

Die Veröffentlichung des Aktionsplans und der Beginn der Umsetzung durch die NRW-Landesregierung waren für das Frühjahr 2012 geplant. Die seit knapp zwei Jahren amtierende Minderheitsregierung von SPD und Grünen hat am 14. März 2012 im Düsseldorfer Landtag keine Mehrheit für ihren Landesetat bekommen. Daraufhin beschloss das Landesparlament seine Auflösung. In NRW wird am 13. Mai neu gewählt.

Im Zuge unserer bildungspolitischen Aktivitäten haben wir uns besonders für eine verbesserte Ausstattung von SchLAu NRW eingesetzt. Bisher sind die finanziellen Ressourcen für die Aufklärungsarbeit unzureichend. Weil die Lehrkräfte derzeit nicht entsprechend aus- und fortgebildet werden, greift das Land auf Schulaufklärungsprojekte wie SchLAu NRW

(www.schlau-nrw.de) zurück, die von Schulklassen besucht werden können. Und auch dort ist das Ergebnis ernüchternd:

SchLAu NRW feierte 2010 sein 10jähriges Bestehen. In dieser Zeit von 2000-2010 hat SchLAu 42 000 junge Menschen erreicht. Nimmt man die Gesamtsumme von 2.799.259 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2009 in NRW, dann sind nur 1,5 (!) Prozent der Schülerinnen und Schüler durch SchLAu aufgeklärt worden.

Im Rahmen des geplanten Aktionsplans soll offenbar die Ausstattung von SchLAu NRW verbessert werden.

Trotzdem sind u. E. weitere Anstrengungen erforderlich, wenn die Landesregierung ernsthaft das Thema Gleichstellung in die Schulen bringen möchte. Zu unseren Forderungen gehört ein verpflichtendes Ausbildungsmodul zu Sexualerziehung und Antidiskriminierung für alle Lehrkräfte – insbesondere im Referendariat und unabhängig davon, welche Fächer sie unterrichten.

Wie in den meisten Teilen Deutschlands sind auch in NRW die meisten lesbischen Lehrerinnen und schwulen Lehrer gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern nicht geoutet. Nach unserer Auffassung sind daher auch strukturelle Maßnahmen im Bildungsbereich erforderlich wie eine koordinierende Stelle zu Antidiskriminierung beim Schulministerium bzw. den Bezirksregierungen.

Die Arbeit dieser Antidiskriminierungsstellen soll über den Bereich LSBT hinausgehen und eine Akzeptanz von Vielfalt in Bezug auf die sexuelle, aber auch die kulturelle Identität aller Menschen in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen fördern. Verlangt werden zusätzlich auch Ansprechpersonen in den Schulen vor Ort.



Foto: Ein Teil des Arbeitskreises am Ende der CSD-Parade am 03.07.2011

Berichtersteller: Frank G. Pohl, Stand: 05.04.2012